

Bezugspreis:

5 ersichtl. M., 11. monatl. 10. — M. ...

Erstausgabe

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 13. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Berufssyndikat oder Gemeinwirtschaft? Die Landtagswahlen in Sachsen.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats hat gestern über die Vorschläge des Verständigungsausschusses beraten...

Der Unterausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat fürsorglich sowohl das Für und das Wider wie auch das Wenn und Aber erwogen...

Die Kommission ist voll und ganz Die fleischgewordene Toleranz. Das heißt, sie sucht die Antithesen In Kuddelmuddel aufzulösen.

Diese Werke waren einst auf die Wahlrechtskommission des Herrenhauses gemünzt. Heute geht es in der Leipziger Straße nicht mehr um politische, sondern um soziale Arbeiterrechte...

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates setzte am Freitag die Beratung der beiden Gutachten zur Sozialisierungsfrage fort. Genosse Umbreit erinnert an die Versprechungen der Regierung zur Sozialisierungsfrage...

Beseitigung des Privatbesitzes.

Die Erklärung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes läßt das erkennen. Die Durchführung des Abkommens von Spa hängt von der Arbeiterschaft ab...

ein Berufssyndikat.

Man will einen riesigen Konzern auf verkapitalistischer Grundlage aufbauen. Auf diesem Wege ist keine Verständigung möglich. Da ist noch ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorzuziehen...

Genossenschaft: Die Verfasser des Entwurfes sind Meister der Stilistik und des Wortes. Sie verbergen damit ihre wahren Gedanken. Der Gedanke der Schaffung von Kleinaktien kommt reichlich spät...

Genossenschaft: Das Reichswirtschaftsratsgutachten läßt den Gedanken der Gemeinwirtschaft, das andere den Gedanken einer verständigen Oekonomisierung betreffen. Die Kohle kann man nicht als ein sozialisierendes, ohne auch alles andere zu sozialisieren...

weiteres überall durchführen. Vorschlag 2 nimmt dem Unternehmer die Freude an der Macht und damit am Unternehmen selbst. Die kleinen Aktien schaffen nur Arbeiterkapitalien...

Dr. Rathenau: Der Gedanke der vertikalen Verknüpfung begegnet sich jetzt mit der horizontalen Verbindung. (Unter horizontaler Verbindung versteht Rathenau den Zusammenschluß gleichartiger Industrieerwerbe zu Trusten und Syndikaten; unter vertikaler Verknüpfung den Zusammenschluß mehrerer aufeinander angewiesener Werke von der Kohle bis zum Endprodukt, also z. B. die Angleichung von Kohlenbergwerken an Montanwerke usw.)...

Dr. Silberberg: Unsere Arbeiter denken anders über die Bedeutung der Kleinaktie als die Berliner. Die Verbindung der vertikalen mit der horizontalen Ordnung wird unsere Wirtschaft zu neuer Blüte bringen.

Generaldirektor Dr. Böcker: Wir haben den ersten Schritt zum horizontalen Aufbau getan, indem wir der Allgemeinheit das Wichtigste, die Kohle zur Verfügung gestellt haben. (Zuruf Rathenau: Und die Monopolprodukte in der Hand behalten!) Das Monopolprodukt ist ja die Kohle (Rathenau: Rein Eisen, Stahl usw.) Ja, was hat das mit dem horizontalen Aufbau zu tun? (Rathenau: Darin liegt ja die Macht!) Wir verstehen uns noch immer nicht. Durch die Kleinaktie wird das Interesse der Arbeiterschaft an der Wirtschaft geweckt, und dann werden vielleicht keine Hochöfen mehr stillgelegt. Viele Arbeiter haben mir gesagt, über die Kleinaktie lasse ich reden. (Zuruf Voelfler: Kommunisten können Sie für jeden Unsinn kriegen!) Es waren alles sehr tüchtige Arbeiter.

Raufmann (Konsumgenossenschaften) steht auf dem Boden des Vorschlages 2, der eine gemeinnützige Gesellschaft bilden will und dem genossenschaftliche Erfahrungen zur Seite stehen. Er bittet die Verfasser des Reichswirtschaftsratsgutachtens, einen detaillierten Plan auszuarbeiten, der auf die im Laufe der Debatte geäußerten Anregungen und Bedenken eingeht.

Böcker (Christliche Gewerkschaften) beantragt nochmalige Bildung einer Kommission

zur weiteren Erörterung. Die Pläne Scherberg usw. sind so einleuchtend, daß man sich ihrer Wirkung für die rationelle Entwicklung unseres Wirtschaftslebens nicht entziehen kann. Andererseits ist es zu verstehen, wenn die Führer der Arbeiterschaft etwas ihre Partei halbwegs Bestrebendes durchsetzen wollen. Hier muß ein Kompromiß gefunden werden durch Nachgeben auf beiden Seiten. Dr. Silberberg: Bei der Kleinaktie handelt es sich lediglich um die Verbreiterung des Besitzes, nicht um eine Förderung der Arbeiterschaft. Durch sie erhalten die Arbeiter auch Mitbestimmungsrecht in den Aufsichtsräten. Das wird auch zu einer Umklammerung der Gewerkschaften, Betriebskassen usw. führen und dabei völlig fern. Zwei Dinge sind festgelegt: 1. Die Grundlagen, auf denen die Oekonomisierung der Wirtschaft aufgebaut werden kann, und 2. die Anerkennung und Förderung der sozialen und menschlichen Fortschritts der Arbeiter in den letzten Jahren.

Darling (Freie Berufe) kann sich für keinen der beiden Vorschläge erwärmen. Sozialisierung läßt sich nicht mit Oekonomisierung vereinbaren. Beim Reichswirtschaftsratsvorschlag ist die Oekonomisierung so sehr in den Vordergrund gestellt, daß jeder soziale Gedanke ersticht wird.

Dr. (Homburg) stimmt dem Reichswirtschaftsratsvorschlag zu und bezeichnet den Vorschlag Werner als ein Unglück für unser Volk.

Raufmann (Konsumgenossenschaften) beantragt die Weiterarbeit an die Sachverständigenkommission zurückzuverweisen, die antwortend zu verhandeln sei. Der Antrag wird angenommen.

Genossenschaft: Genossenschaft erwartet nichts von dem Mitbestimmungsrecht des Arbeiters, das er auf dem Wege der Kleinaktie erlangt. Ein Arbeiter, der einen Stimmens im Aufsichtsrat neben sich hat, wird gegen diesen nicht aufkommen. Unmöglich können Arbeiterführer ihren Leuten den Effener Vorschlag als Gemeinwirtschaft aufreden. Damit ist die Kohle. Die Sachverständigenkommission wird um 7 Uhr wieder verhandelt. Sie wird voraussichtlich wieder in Essen tagen. Schluß 6 Uhr.

Der Sachverständigenkommission sind hinzugezogen: Cuno, Bernbard, Paul Müller, Kleine, Rathenau, Kraemer, Aßing und Beckmann. In diesem Kreise wird neben den in Essen aufgestellten Richtlinien noch der Entwurf eines Gesetzes zur Sozialisierung des Bergbaues auf der Grundlage der Bodenerform von dem Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Wilhelm Beckmann zur Beratung kommen.

Nach einunddreißigjähriger Dauer hat im freistaat Sachsen die Volkstammer ihre Beratungen abgeschlossen und ist wahrscheinlich für immer auseinander gegangen. Sie war für Sachsen das, was die Nationalversammlung für das Reich war. In den rund 30 Monaten ihres Bestehens hat sie eine fruchtbare Arbeit geleistet, die freilich zum größten Teil durch die politische Neugestaltung und den Wiederaufbau wie durch die Geldentwertung erforderlichen Maßnahmen bedingt war. Darüber hinaus hat sie auch das Volksschulwesen neugeordnet und dabei einheitliche Volksschule und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts gebracht. Ein besonderes Geseh hat den Kirchenaustritt außerordentlich erleichtert, ein anderes will die Grundstückspekulation dadurch unterbieten, daß man Grundstückskäufe genehmigungspflichtig macht, sowie ein Vorstands- und Enteignungsrecht den Gemeinden besonders sichert. Kohlenwerke sind verstaatlicht, Kohlenfelder angekauft und durch die Forderung des Gesehes über die Kohlenabbaurechte die noch unerschlossenen Kohlenvorkommen des Landes ohne Entschädigungsanspruch für die Besitzer der Oberfläche für den Staat enteignet worden. Die Hauptaufgabe war jedoch das neue Landtagswahlgesetz und die neue Landesverfassung, die, wie im „Vorwärts“ bereits näher dargelegt wurde, die sozialdemokratischen Forderungen unseres Parteiprogramms restlos verwirklicht.

Die Volkstammer war zusammengesetzt aus 42 Sozialdemokraten, 15 Unabhängigen, 24 Demokraten, 4 Vertretern der Deutschen Volkspartei und 11 Deutschnationalen. Es ergibt sich daraus, daß eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit ohne weiteres möglich gewesen wäre, wenn die Unabhängigen es nicht vorgezogen hätten, in reiner Agitationspolitik zu verharren und sich der Verantwortung zu entziehen, die mit einer Beteiligung an der Regierung verbunden gewesen wäre. Da alle sozialdemokratischen Bemühungen, die Unabhängigen zu besserer Einsicht zu bringen, vergeblich waren, eine Regierungsmehrheit in der Kammer aber hergestellt werden mußte, kam eine solche durch Zusammengehen mit den 24 Demokraten zustande. Es traten daraufhin zwei Demokraten in die bis dahin rein sozialdemokratische Regierung ein; doch haben bei manchen wichtigen Entscheidungen die beiden sozialdemokratischen Parteien die entscheidende Mehrheit gebildet, besonders bei den Gesetzesvorlagen von wirtschaftlicher Bedeutung und bei Durchsetzung der neuen Gesehe über die Beseitigung des Religionsunterrichts und den Kirchenaustritt. Oft aber machte sich die unabhängige Desperatopolitik sehr unangenehm bemerkbar und führte zu scharfen Auseinandersetzungen auch mit den sozialdemokratischen Vertretern, besonders in den Fällen, wo die Unabhängigen die Streit- und Buntstafel der Kommunisten zu decken oder ihr Vorstoß zu leisten versuchten.

Die schon erwähnt, gehört die kirchlich geschlossene Volkstammer bereits der Vergangenheit an. Die kommende Volksvertretung wird den Vorschriften der neuen Verfassung entsprechend wieder Landtag heißen. Die Neuwahlen finden am 14. November statt. Zwar ist die Wahlbewegung im vollen Gange, doch wird sie auf allen Seiten stark von einer großen Wahlmüdigkeit beunruhigt. Das ist offenbar in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Landtagswahlen kurz hinter den Reichstagswahlen stattfanden, zum Teil auch darauf, daß man der Landespolitik jetzt, wo deren Grundzüge bereits durch die Reichsverfassung festgelegt sind, noch weniger Bedeutung beizumessen als früher. Wie dem auch sein möge, jedenfalls stehen jetzt noch die Anstrengungen der Parteien in einem auffälligen Mißverhältnis zu dem Interesse der Wähler. Nach den seitherigen Beobachtungen muß mit einer sehr schwachen Wahlbeteiligung gerechnet werden. Die Wählererschaft des Landes scheint sich der Tatsache noch nicht bewußt zu sein, daß ganz Deutschland mit Spannung dem Wahlausfall in Sachsen entgegenfiehet.

An dem Aufmarsch der Parteien haben sich vier bürgerliche Parteien — Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale — und auch vier Gruppen der Sozialisten und Kommunisten verschiedener Richtungen beteiligt. Die Unabhängigen haben kurz vor dem Schlußtermin aus ihren Kandidatenlisten noch die Moskauer ausgemerzt, dagegen haben neben den Kommunisten aller Richtung, die besonders in Chemnitz größeren Anklang haben, auch die Reutommunisten noch in letzter Stunde Kandidatenlisten eingereicht, die an der Spitze alle den Namen Geyer tragen. Dabei ist es sehr wohl ungeklärt geblieben, ob sich Vater und Söhne in die drei Listen geteilt haben oder ob auf allen dreien Fritz Geyer sen. — der es fertig gebracht hat, sich den Moskauer anzuschließen, nachdem er erst gegen sie gesprochen hat —, in allen Wahlkreisen Zug- und Zählkandidat sein soll.

Über den Ausfall der Wahlen läßt sich mit Sicherheit nichts voraussagen. Einigen Anhalt dafür bieten noch die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl, um so mehr, weil, von unbedeutenden Abweichungen abgesehen, die

Wahlkreise dieselben sind. Rechnet man die Ziffern der Reichstagswahlen auf die 96 Landtagsitze um, dann würden auf die Unabhängigen 25, auf die Sozialdemokratische Partei 23, die Demokraten 9, die Deutsche Volkspartei 18, die Deutschen Nationalen 17 und Kommunisten 4 Vertreter entfallen. Doch sind zuverlässige Voraussagen schon deshalb nicht möglich, weil es nämlich ungewiss bleibt, wie die voraussichtlich geringe Wahlbeteiligung auf das Endergebnis einwirken wird. Die Zahl der Abgeordneten wird dadurch allerdings nicht bestimmt werden, denn diese ist verfassungsmäßig mit 96 festgesetzt, wie seither, aber bedeutende Verschiebungen können schon möglich sein. Ueberdies ist damit zu rechnen, daß die neue Struktur auf der radikalen Linken das Ergebnis beeinflusst. Dort ist in den Reichstagsparteien eine neue Partei aufgetreten. Dadurch sind offenbar bis anfangs übertriebenen Erwartungen der Unabhängigen etwas herabgestimmt worden. Hauptsächlich hat die bedauerliche Zersplitterung der Arbeiterkraft nicht die Folge, daß die sozialistisch gerichteten Vertreter die Mehrheit an die bürgerlichen Parteien abgeben müssen. Dann würde eine Rückwärtsbewegung wichtiger Gesetze und ein politischer Kampf von unberechenbarer Tragweite in Sachsen zu gewärtigen sein. Unsere Genossen sind mit allen Kräften am Werke; sozialdemokratische Wahlversammlungen finden in großer Zahl statt; sie sind besonders auf dem Lande nötig, wo alles getan werden muß, das Interesse für die bedeutungsvollen Wahlen noch zu erwecken. Es gilt vor allem auch, alles auszubieten, daß der neue Landtag eine Mehrheit behält, die einen weiteren Ausbau der Errungenschaften gewährleistet. Das wird besonders für die Gemeindefassung von größter Bedeutung sein, die von dem neuen Landtage neu gestaltet werden soll.

Die jüdische Eisenbahn.

Folgendes tolle Zirkular, das aus München an die verschiedenen Stellen der preussischen Eisenbahnen versandt wird, flattert uns auf den Redaktionstisch:

München, 9. 11. 20.

In alle preussischen Kollegen in Berlin!
Der jüdische Bolschewismus erleidet in Rußland seine Niederlage. Die Juden sollen dort bald massakriert werden, wenn es ihnen nicht gelingt, im letzten Moment in Deutschland eine Gewaltrevolution zu schaffen und somit neue Oligarchien herbeizuführen. Zu diesem Zwecke ist es unter anderem notwendig, daß die Eisenbahnen freieren und die Bahnen zum Stillstand kommen, aber in der Hauptsache die Beamten. Der Grund zum Streik wird den Beamten dadurch (regierungsseitig) gegeben, indem man die Beamten nicht wunschgemäß in die Befestigungsordnung einfließen läßt. Spiritus rector dieser Sache ist der Staatsanwaltschaftssekretär Leowald-Weiß!!! ein Jude! — der mit allen Juden in Verbindung steht, sogar mit Sinowjew alias Khyelbaum. Es ist bereits Vorkehrung getroffen, daß bei allen preussischen E. D. Juden sich in leitenden Stellen befinden und im geheimen auf den Umsturz hinarbeiten. Unter dem Vorwande, alle berechtigten Wünsche der Eisenbahner abzuwehren, alle Justiz und Ordnung wieder herzustellen usw. gelangen diese Judenheiden und politischen Verbrecher in Deutschland die Sympathie der preussischen, namentlich der Reichsparteien.

Preussische Kollegen!
Gelingt es ihnen nicht, so werden die Juden aus den leitenden Stellen entfernt. So tritt das Chaos mit mathematischer Sicherheit ein.
Handelt Sie!!!
Guten Erfolg wünschend, grüße ich Sie mit deutschem Gruß
H. S. im bayerischen K. Ministerium.

Dieses Hetzprodukt bedarf wohl keiner näheren Charakterisierung. Wir müssen aber zur weiteren Würdigung bemerken, daß das abgedruckte Zirkular auf dem amtlichen

Beförderungsweg als „Eisenbahndienst-sache“ an die einzelnen Stationen zwecks Bekanntmachung an die Beamenschaft geschickt wurde. Daraus muß gefolgert werden, daß entweder diese gewissenlose Geharnischtheit der Unterstützung des bayerischen Ministeriums erfreut, oder aber daß seine Verfasser sich einen schweren Mißbrauch ihrer dienstlichen Befugnisse haben zuschulden kommen lassen. Das bayerische Ministerium wird sich unbedingt zu der Angelegenheit äußern müssen.

Sachlich wollen wir nur eins bemerken: Es ist ein äußerst interessantes Eingeständnis dieses Hetzproduktes, daß die Revolution am ehesten heraufbeschworen wird durch reaktionäre Regierungs- und Verwaltungsmethoden und Wiederherstellung der „alten Justiz und Ordnung“. Das wollen wir uns merken! Daß freilich durch die Juden absichtlich ein reaktionärer Regierungskurs zu diesem Zweck erzeugt wird, ist beinahe so schwer zu glauben, wie die weitere Behauptung, daß Herr Staatssekretär Leowald diese Stöße und Hiebe des alten Systems, als ein verkappter „Levi“ mit Sinowjew unter einer Decke arbeite! Aber Herrn Leowald ist dieser „Dank“ seiner reaktionären Freunde wohl zu gönnen.

Der Reichswehr-Geist.

Ein seltsames Verbot des Wehrkreis-Kommandos III. Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten, die wirtschaftliche Organisation der Reichswehrmannschaften, begehrt am 14. November ihren Gründungstag durch eine Reihe öffentlicher Versammlungen mit dem Thema: „Das neue Deutschland seine Wehrmacht“ (Der Soldat als Staatsbürger). Der R. d. V. steht in jeder Weise auf dem Boden der republikanischen Verfassung und hat dies stets durch Wort und Tat bekundet. Umso auffälliger berührt es, daß das Wehrkreis-Kommando 3 folgendes Verbot erließ:

Wehrkreis-Kommando III Berlin, den 7. November 1920. Nr. 10 Nr. 658.

Der R. d. V. fordert in einer Einladung, die einzelnen Truppeneinheiten zugegangen ist, zur Teilnahme an der am 14. November 1920 stattfindenden Feier seines zehnjährigen Bestehens bei sämtlichen Ortsgruppen auf.

Der R. d. V. gefährdet durch Form und Inhalt der im Heere getriebenen Propaganda zur Abänderung des Wehrgesetzes die Disziplin (S. 2. Nr. III, 10 548).

Ich verbiete daher allen mir unterstellten Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an der am 14. 11. stattfindenden Feier des R. d. V.

gez. Kummerschötel
General-Leutnant.

Dieses Verbot illustriert trefflich die reaktionäre Willkür, mit der gewisse Truppenkommandeure in der Reichswehr schalten. Der sachliche Vorwand ist so faden-scheinig wie irgend möglich. Zunächst beruht er auf einer glatten Verdrehung der Tatsachen. Wenn in dem Erlaß von einer „Propaganda zur Abänderung des Wehrgesetzes“ die Rede ist, so dürfte selbst der General Kummerschötel wissen, daß es sich nicht um ein bestehendes Gesetz, sondern einen noch gar nicht rechtskräftigen Entwurf handelt, der aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Form nicht Gesetz werden wird. Die Propaganda der R. d. V. richtet sich nur gegen den schon mehrfach von uns gekennzeichneten § 33 des Reichswehrgesetzesentwurfes, der den Reichswehrangehörigen jedes Koalitionsrecht, auch das Recht des Zusammenschlusses zu wirtschaftlichen Vereinigungen nehmen will. Gegen diese Bestimmung kämpft nicht nur der R. d. V., sondern beispielsweise auch der Deutsche Offiziersbund, dem doch sicher niemand Radikalismus nachsagen wird. Weil die Organisation von ihrem selbstverständlichen Rechte Gebrauch macht, gegen eine Entwurfsbestimmung anzukämpfen, gegen die auch die amtliche Interessensvertretung der Reichswehrange-

hörigen, die Reichswehrkammer, Stellung genommen hat, verbietet Herr Kummerschötel die Teilnahme an den Versammlungen des R. d. V., weil dadurch die „Disziplin gefährdet“ werde! Hier erhält man ein treffendes Bild, wie der berühmte § 33 in der Praxis gehandhabt werden würde, falls er Gesetz würde.

Aber noch mehr! Wie bringt Herr Kummerschötel seinen Erlaß in Einklang mit der amtlichen Anerkennung des R. d. V. durch das Reichswehrministerium (Heeresverordnungsblatt vom 24. April 1920), unterzeichnet vom Reichswehrminister Gehler, dem Chef der Heeresleitung und dem Chef der Admiralität, in der Reichswehrminister Gehler sagt:

Unter diesen Voraussetzungen bin ich gern bereit, meinerseits die Hand zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten mit dem R. d. V. in allen Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung, jedoch unter Ausschluß aller militärischen Angelegenheiten, zu bieten. Ich erlaube die Truppenführer der Reichswehr ihr Verhalten gegenüber den Ortsgruppen des R. d. V. meinem Standpunkte anzupassen und mit allem Ernst auf Befriedigung und gemeinsame Ausübung der Arbeit hinzuarbeiten.

Hier hat Herr Reichswehrminister Gehler gleich ein Bild, wie sich einer seiner obersten Kommandeure „seinem Standpunkt anpaßt“. Leider wird er es wohl kaum erfahren, da ihm ja die Lektüre des „Vorwärts“ von seinen vorgelegten Untergebenen entzogen wird. Sonst könnten wir ihm auch noch mitteilen, daß infolge des Kummerschötel'schen Erlasses bei einigen Truppenteilen die bereits offiziell zugelegte Beteiligung an den Stiftungsfesten wieder abge-sagt worden ist.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß für Berlin die Versammlung des R. d. V. am Sonntag im Zirkus Busch stattfindet und daß es Pflicht aller Interessenten ist, als Protest gegen die reaktionäre Willkür auf des Herrn Kummerschötel zahlreich zu erscheinen.

Ultimatum des Beamtenbundes.

Der Deutsche Beamtenbund hat der Regierung nach Meldung der Z. U. ein Ultimatum gestellt. Er verlangt bis zum 15. November die Bewilligung der Forderung nach einer Erhöhung der Teuerungszulage. Sie beträgt zurzeit für die unteren Stufen 50 Proz. des Gehalts. Die Folge würde sein, daß die nächstfolgenden Gehaltsstufen, die leer ausgehen sollen, unter dem Gesamtbeitrag der niedrigeren Stufen zu sinken drohen. Wenn die Antwort der Regierung keine Zusage enthält, soll in den Streik getreten werden.

Das Preussische Staatsministerium ist sich, wie die Dena erzählt, in seiner Freilagigkeit schuldig geworden, an die Parteien der Landesversammlung mit dem dringlichen Ersuchen heranzutreten, die Beratungen über die Beamtenbesoldungsordnung mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen. Wah-gewand war für diesen Entschluß die Erkenntnis, daß der gegenwärtige Zustand der Ungezogenheit in den Beamtenkreisen über die Ausmaße der ihnen endgültig zugebilligten Bezüge für die Beamten so verhängnisvoll ist, daß er nach Kräften abgemildert und den Beamtenfamilien die Möglichkeit gegeben werden muß, ihre wirtschaftlichen Dispositionen so zu treffen, wie es ihre neuen Geldverhältnisse ihnen er-lauben.

Wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ hört, werden die Forderungen der Beamtenorganisationen in diesen Tagen in einer Konferenz der Finanzminister der Länder und am Sonnabend in einer Sitzung des Reichskabinetts erörtert werden.

Der Reichsrat wird sich in seiner nächsten Sitzung am Sonn-abend u. a. auch mit dem Entwurf des Wehrgesetzes befassen. Ferner liegen noch vor: Geplante Wäre über Verjährung der Strafen gegen Schleihhandel und Bucher, über einheitliche Regelung der Beamtenbesoldung und über den Volksentscheid, schließlich noch verschiedene Entschädi-gungsgesetze, Verdrängungs-, Kolonial- und Auslands-schädengesetze.

Sozialismus der Gegenwart?

Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands (Berlin, Lindenstr. 3) hat jetzt das auf dem Reichstagsablage zu Weimar im August beschlossene Geben-duch erschienen lassen: „Das Weimar der arbeitenden Jugend Deutschlands“. Der Magdeburger Jugendführer E. A. Müller hat es bearbeitet. Es umfaßt 96 Seiten Text, 8 Seiten auf Kunstdruckpapier, mit vielen Bildern und Zeichnungen, und kostet 10 Mk. In viele Hände möge es kommen.

Aus all den Reben unserer Parteigenossen, aus unzähligen Betrugskünsten, aus den Verhandlungen des Parteitag in Kassel und den Diskussionen der Parteivereine spricht eine tiefe Sehnsucht: Wir wollen nicht nur theoretisieren über sozialistische Ziele, sondern auch sozialistisches Leben, nicht nur eine schöne Zukunft erkämpfen, sondern auch die Gegenwart heller gestalten. Unser Gemeinschaftsleben soll neue, freundliche Formen bekommen, soll ein Stück Sozialismus sein. Das Streben geht dahin, nicht nur politische und wirtschaftliche Dinge zu ändern, sondern auch den Menschen in all seinen geistigen und seelischen Werten und Bedürfnissen. Das heißt, bei der Form des Zusammenlebens, bei der Gehiligkeit des Arbeiters anfangen.

Geselligkeit und „Lebenskultur“ des Arbeiters waren bis-her primitive Nachahmungen kleinbürgerlicher Gemohnheiten. Ganz auf individualistische Abgeschlossenheit und den Wettbewerb — ein Anzeichen des bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenzkampfes — ge- stellt. Die Befriedigung wurde — und wird noch — darin gesucht, die Wirtschaftsjagd ein wenig „feiner“ als der Nachbar zu haben, was durchaus nicht bedeutet, daß sie gesünder ist; in der Werbung sich sehen lassen zu können. Dabei wird dem Gebot der Mode gehorcht. Die Geselligkeit der Arbeiterschaft, ihre Pflege des Schönen, Gesangs, Dichtkunst usw., hat noch zu keiner besonderen, bereicherten Form geführt. Der Gesellschaftsball, auf dem keine feilschen Beziehungen geknüpft werden, ebensowenig. Der künstlerische Vortrag, für den man in dem dunklen Oranger nach Schönheit und Wirk; willig sein Schürlein opferie, wurde nur zu häufig die fähle Versuchsbereit eines Künstlers, zu dem man in keine innere Verbindung kam, den jeder für sich anhärt, von dem sich jeder still zurückzog, ohne mit dem Nachbar links und rechts einen Händedruck, einen Blick gewechselt zu haben. Und jeder trug wohl im Herzen das Sehnen nach tieferer Gemein-schaft. Dieses Sehnen findet Ausdruck in unseren Diskussionen über sozialistische Kultur, über eine Lebensform der Gemeinschaft. Wie ist sie zu schaffen?

Während wir suchen und fragen, entfaltet sich schon ein Leben, das eine Erfüllung verspricht. Die Trägerin dieses Neuen ist die sozialistische Jugend. Wir haben den Reichsjugendtag in Weimar erlebt, die Tageszeitungen haben darüber geschrieben, die herkömmliche Zustimmung kam aus allen Verichten, aber in ihrer

Bedeutung für die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung ist diese historisch wichtige Tagung noch nicht erkannt und gewertet worden. Vielleicht war das auf dem Wege der üblichen Berichterstattung auch gar nicht möglich. Die Arbeiter, die in Weimar die Tage der Jugend miterlebt haben, fühlen in tiefer, nie gekannter Freude, daß in diesem Zusammenleben junger, lebensmühtiger Menschen ein Ideal zur Wirklichkeit geworden ist. Es war kein Wunder, das plötzlich, unbemittelt aufstieg. Im Lande wurde seit Jahren gestoben nach Quellen, und keine Bäche flossen durch Blüten und Ockland. Nun wurden sie zusammengeführt, wurden zum Strom, zum Bogen und Kauschen. Die Menschen erkannten nun erst die Kraft der Welle.

So bedeutungsvoll wie dieses Jugendtag in der Reihe der sozialistischen Ereignisse ist, so bedeutungsvoll wird ein Buch in der sozialistischen Literatur sein, das auf Veranlassung des Hauptvorstandes des Verbandes der Arbeiterjugend-Bereine über den Weimarer Jugendtag geschrieben und zusammengestellt wurde und im November erscheinen wird. Es ist weder eine Erinnerungsschrift noch ein Protokoll in alter Art, geschrieben von einem berufsmäßigen Schriftsteller, sondern ein unmittelbares Ausströmen von Leben, Freude und Willen zur sozialistischen Tat. Das Buch gehört psychologisch zu dem Interessantesten der deutschen Arbeiterliteratur. Es ist geschrieben zum überwiegenden Teil von jungen Arbeitern, die an der Tagung teilnahmen. Und wie haben sie ihr Erleben, ihr Wollen geschildert! Die Weimarer Tagung stand im Zeichen junger Arbeiterdichter. Aus dem Kreis der spiel-freudigen Jugend sind sie einfach hervorgetreten, noch heiß vom Spiele, haben ihre eigenen Verse ihrer Gemeinschaft entgegen-gerufen. Aber das war nicht das Bemerkenswertere. Viel inter-essanter war, wie die große Gemeinschaft die Gabe des einzelnen aufnahm. Da war kein Bewundern und Staunen, sondern ein ganz selbstverständliches Ringen und ein Wiedergeben an feil-lichen Werten. Das Leben dieser Tage war wie eine Dichtung, die „Masse“ von Dichtern. Dichtung und Leben — ein Spiel, in ernster Beratung und begeistertster Kundgebung — eine erhebende Synthese.

Da war zum Beispiel ein junger Hamburger — 18 Jahre alt —, der rief diese klingenden, aufstrebenden Verse der Ju-gend zu:

Wir schreiten in der Sternennacht,
Wir schreiten hell zur Sommerwacht,
Wir schreiten stark im wilden Wind,
Wir schreiten, weil wir Jugend sind!
Wir schreiten!
Auf, Brüder, mit uns Geist und Kraft,
Wir kämpfen Schwerk und Fahnenhaft!
Der Sieg bleibt doch dem Banner rot,
Der Menschheit leuchtend Morgenrot!
Wir streiten! Wir schreiten!

Er las an einem Nachmittag eine Reihe solcher Dichtungen.

Ein junges Mädchen — 17 Jahre alt — schrieb darüber für das Weimar-Buch diese „Rezeption“:

„Eine ganz kleine Scherz ist es, die sich Sonntag nachmittag im Volkshausaal zusammenschunden hat. Willi Kogelmacher liest aus seinen Dichtungen. Wie sein Wort, sein eigenes Selbst flücht, wie es brausend wächst in die Unendlichkeit. Und die Sehnsucht singt ihr Lied.“

Der Saal ist eng, aber Kogelmachers Worte reißen die Mauern ein. Wir hängen an diesen Worten, sie tragen uns.

So klein sind wir, und so groß, so weit ist die Welt.

Einem Menschen erleben, heißt ihn lieben. Wir lieben Kogelmacher! Sein Leben ist unser Sein. Sein Feuer ist auch unser Feuer. Und unsere Sehnsucht eint uns ...

Mit hellen Augen lauscht wir zurück in Weimars Sonne. Ich bringe und lade. Dann sehe ich still mit der Geste auf einer Wiese ...

Sind das noch junge Arbeiter, Menschen, der alten, gewohnten Art, die so schreiben?

Es soll ein berufsmäßig geschriebener Stimmungsbericht ge-fucht werden, der in diesen wenigen Sätzen so viel erschütterndes Erleben zusammenfaßt und dann so kindlich einfach, ohne jede Geste endet: „Dann sehe ich still mit der Geste auf einer Wiese.“

In dem Buche spricht und leuchtet es von lauterstem Sonnen-gold, das Jugend ausstrahlt. Kein Sozialist wird es in die Hand nehmen, ohne in tiefer Ehrfurcht diese Wähler zu betrachten, auf denen eine junge sozialistische Generation ihr Innerstes zu er-kennen gibt. Für die junge Arbeiterschaft wird das Buch wie ein flammendes Bekenntnis sein.

Der Sozialismus will in den Menschen Gegen-wart werden, das Weimar-Buch der deutschen Arbeiterjugend ist ein Dokument dafür.

Theater. Für den Freitag hat die Direktion der Komischen Oper das Ensemble des Neuen Volkstheaters für eine einmalige Aufführung von Galdes „Jugend“ gewonnen. — Ende November wird im Heidenz-Theater Ebor Bildes „Zahy Bänderwäres Päder“ aufgeführt. Carola Loefel, Adele Sandrod und Hansi Anshädi stellen die weiblichen Hauptrollen dar. — Am 10. 11. Theater findet die Uraufführung der dramatischen Dichtungen „Das Weid in Gibe“ und „Die Brautnacht der Königin“ von Will Vender durch die „Freie literar. Bühne“ am 14. November, nachm. 8 Uhr, statt.

Musik. Am Deutschen Opernhaus wird Sonntag, vorm. 11 Uhr, Reznick's Einleitung D-Tur und Mozart's Jupiter-Sinfonie aufgeführt. Will Lehmann singt Mozarts Orfel- und Nachbarie aus Don Juan.

Die Modellschau, die am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr, im Rahmen der Zoo beginnt, wird Länge der japanischen Tänzerin Dorasche Kida in Gemeinschaft mit 30 Kindern der Gymnastik-schule bieten, die einige bedeutendere Modellschöpfungen zur Geltung bringen sollen. Bekömmliche: Friedrichstr. 61.

Die Jurtsfreie Kunstschau Berlin 1920 wird im Landesausstellungs-gebäude am Lehrter Bahnhof Sonntag mittag eröffnet und ist von 1 Uhr ab dem Publikum zugänglich.
Eine Theater-Sturm-Morgenfeier findet am 14. November, 11 1/2 Uhr, im Kaiserpalast statt. Ueber den Dichter spricht T. Michaelis. Will Lehmann singt Sturm-Lieder in Vertonung von Ed. Schröder.

Groß-Berlin

Einberufung der Bezirksversammlungen.

Der Magistrat der neuen Stadtgemeinde Berlin trat am gestrigen Freitag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Einberufung der Bezirksversammlungen und beschloß erstmalig zusammenzutreten:

- I. zum 22. November, nachmittags 5 Uhr, die Bezirksversammlungen für Verwaltungsbezirk
 - 1 nach 1. Gemeindebezirk, Landwehrpl.
 - 2 nach 2. Gemeindebezirk, Wilmersdorf, Bismarckstr.
 - 3 nach 3. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 4 nach 4. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 5 nach 5. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 6 nach 6. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 7 nach 7. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 8 nach 8. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 9 nach 9. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 10 nach 10. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 11 nach 11. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 12 nach 12. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
- II. zum 23. November, nachmittags 5 Uhr, die Bezirksversammlungen für Verwaltungsbezirk
 - 1 nach 1. Gemeindebezirk, Landwehrpl.
 - 2 nach 2. Gemeindebezirk, Wilmersdorf, Bismarckstr.
 - 3 nach 3. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 4 nach 4. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 5 nach 5. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 6 nach 6. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 7 nach 7. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 8 nach 8. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 9 nach 9. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 10 nach 10. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 11 nach 11. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 12 nach 12. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
- III. zum 24. November, nachmittags 5 Uhr, die Bezirksversammlungen für Verwaltungsbezirk
 - 1 nach 1. Gemeindebezirk, Landwehrpl.
 - 2 nach 2. Gemeindebezirk, Wilmersdorf, Bismarckstr.
 - 3 nach 3. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 4 nach 4. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 5 nach 5. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 6 nach 6. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 7 nach 7. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 8 nach 8. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 9 nach 9. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 10 nach 10. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 11 nach 11. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 12 nach 12. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
- IV. zum 25. November, nachmittags 5 Uhr, die Bezirksversammlungen für Verwaltungsbezirk
 - 1 nach 1. Gemeindebezirk, Landwehrpl.
 - 2 nach 2. Gemeindebezirk, Wilmersdorf, Bismarckstr.
 - 3 nach 3. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 4 nach 4. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 5 nach 5. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 6 nach 6. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 7 nach 7. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 8 nach 8. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 9 nach 9. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 10 nach 10. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 11 nach 11. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.
 - 12 nach 12. Gemeindebezirk, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Str.

Ferner beschäftigte sich der Magistrat in seiner ersten Sitzung mit den Entwürfen dreier Vorlagen, nämlich einer Vorlage betreffend die Schaffung zentraler Verwaltungs-Deputationen, einer Vorlage betreffend die Bildung einer Uebergangs-Deputation für außerordentliche Verwaltungsangelegenheiten und mit einer Vorlage betreffend den Entwurf eines Ortsstatuts über die Zuordnung von Magistratsräten und Magistratsbauverwaltern. Der Magistrat beschloß, diese drei erwähnten Vorlagen der am Sonnabend tagenden gemischten Deputation zur Beratung vorzulegen.

Zur Information unserer Genossen und Genossinnen in den Bezirken möchten wir bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß in nächster Zeit eine gemeinsame Konferenz der Bezirks- und Stadtvorstände zu den brennendsten Fragen der Verwaltungsbezirk-Stellung stattfinden wird.

Für die Besetzung der Bezirksämter

und die Besetzung der Bezirksamtsmitglieder ist, einer Korrespondenz zufolge, ein Entwurf aufgestellt, der je nach der Größe der Bezirke eine verschiedene Stärke der Bezirksämter ermöglicht, während das Gesetz 7 Mitglieder vorsieht, die „in der Regel“ beiderlei sein müssen, deren Zahl aber durch Zusatzbesetzung erhöht werden kann. Demzufolge wird vorgeschlagen: die Zahl der Bezirksamtsmitglieder in den Bezirken 1, 7 und 14 (Berlin, Charlottenburg und Reinickendorf) auf 15 zu erhöhen (9 beforderte und 6 unbedfordete), in den Bezirken 11 (Schöneberg) auf 13 (8 beforderte und 5 unbedfordete), in den Bezirken 9, 12 und 17 (Wilmersdorf, Steglitz und Lichterfelde) auf 11 (7 beforderte und 4 unbedfordete), in den Bezirken 8, 15, 19 und 20 (Spandau, Treptow, Prenzlauer Berg und Reinickendorf) auf 8 (5 beforderte und 3 unbedfordete), während in den übrigen Bezirken 10 (Hellersdorf, 13 (Tempelhof) und 15 (Cöpenick) die Zahl von 7 Bezirksamtsmitgliedern bestehen bleiben soll. Dieser Vorschlag, der erst der gemischten Deputation unterbreitet wird, dürfte noch erhebliche Änderungen erfahren. Die Bezirksbürgermeister sollen nach diesem Vorschlag wie die Berliner Stadträte eine Gehalt von 18 000 bis 25 000 M., die Bezirksstadträte aber nur von 16 000 bis 21 000 M. nebst Alterszulagen erhalten, wozu dann noch die Teuerungszulage kommt.

Das Licht der Heimat.

41] Von August Hinrichs.

Als er auf dem Dampfboot bis zum nächsten Anleger Stromabwärts fuhr, zog er sein Notizbuch hervor und überflog die Namen der Weiber, die er ansuchen wollte.

Neben ihm am Steg lehnten ein paar junge Leute, von denen einer gleichfalls ein Buch in den Händen hielt und dem anderen leise Namen und Zahlen nannte.

„Gutlich, Junge, du halt deine Sache fein gemacht.“ lachte der kleinere von beiden. „Aber jetzt steh dein Buch weg, der alte Herr neben uns ist unser grimmigster Gegner und braucht mich jaust nicht zu erkennen. Nach seinem Gesicht hat er sich übrigens soeben den ersten Korb geholt und scheint den Braten schon zu riechen. Also komm.“ Damit schloß Fied, der gerade aus dem Norden zurückgekommen war und sich hier mit Dierk getroffen hatte, seinen Freund unter und schlen-derte mit ihm übers Deck.

„Und was machen wir jetzt?“ fragte Dierk.

„Reiten, radeln, spazierenfahren — was du willst. Wie war's mit einem Ausflug in die Gegend?“

„Nach keine Wege, Fied. Ich muß etwas zu tun haben.“

„Dann komm mit nach Buenos-Aires, da sitzen wir an der Quelle und können das Weibchen in Ruhe abwarten. Jungebi, das wird noch eine Schatz geben, wenn die anderen alle mit langer Nase wieder ankommen.“

Nach Tage später als die beiden Freunde konnte auch Mr. Thomfen in der Hauptstadt an. Er zitterte vor Wut und Aufregung. So viele Vermittler hatte er im Lande sitzen, und keiner wollte aufpassen, alle hatten sie sich überhöhlen lassen von einem Grünhändeln, der angeblich in Maschinen zu reisen und heimlich den besten Weizen in seine Hand gebracht hatte. O, jetzt mußte er freilich beschuldigt werden, daß er herausgefunden hätte, daß der kleine Deutsche doch hintersteckte, der so offen nach dem Norden gefahren war und jeden hatte wissen lassen, daß er ein paar Monate wegblieb.

Aber ein Mr. Thomfen gab das Spiel so leicht noch nicht verloren. Der andere sollte noch ein blaues Wunder erleben.

Und Mr. Thomfen schickte heimlich Telegramme nach allen Richtungen der Welt, einmal um zu retten, was noch zu

Reaktionäre Plegelien.

Die Parteien der Rechten, Volkspartei und Nationale, entwickelten bei der Einführung des neuen Magistrats am gestrigen Freitag in der Stadtverordnetenversammlung ein so großes Vertrauen, daß jeder Unbekannte darüber empört sein mußte. Nicht allein, daß es diese Vertreter von Geist und Bildung für selbstverständlich hielten, der Einführung des ihnen verhassten Oberbürgermeisters Wermuths ostentativ fernzubleiben, machten sie sich bei ihrem Erscheinen im Saal durch unflätige Bemerkungen und un-

Bezirksverband Berlin S.P.D.

Landkreise Niederbarnim, Teltow und Veesdow.

Die Generalversammlung der ländlichen Mitglieder findet am Sonntag, den 14. November, in Berlin, Bismarck-Neue Königsstraße 26 (am Alexanderplatz), um 9 Uhr vormittags statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent Genosse Franz Krüger. 2. Abtrennung der ländlichen Gebiete vom Bezirksverband Berlin. 3. Verschiedenes. Jeder Ortsverein hat zwei Delegierte zu entsenden.

Der Ortsverband.

artigste Laute bemerkbar. Und das sind dieselben Leute, die sich empören, wenn Arbeiter, die doch nicht das Glück hatten, eine höhere Bildung zu erwerben, sich nicht immer vorwärtsmäßig betragen.

Ungebildete Arbeiter hätten, wenn nur bürgerliche Stadträte ein-führt worden wären, sich nicht so tolllos, ja zum Teil döl-belhaft benommen, wie diese Vertreter des honesten Bürgertums.

Ihr Betragen war — das trat gestern drastisch in die Erscheinung — lediglich der Ausdruck einer niedrigen reaktionären Gesinnung. Die Reaktion kann es nicht überwinden, daß die Arbeiterklasse sich im neuen Berlin einen entscheidenden Einfluß errungen hat. Sie wird sich mit der Zeit daran gewöhnen müssen.

Ein Opfer schöner Frauen

ist angeblich der Kaufmann Ernst Kassa: geworden, welcher sich gestern unter der Auflage der Untreue des Betrages und der schweren Urkundenfälschung vor der Strafkammer zu verantworten hatte. Mitangeklagt war der inzwischen flüchtig gewordene Kaufmann Bruno Kell. — Der Angeklagte Kassa ist Schweizer Staatsbürger und lernte hier eines Tags im Mon-Hotel einen Arzt Dr. V. aus Bern kennen, welcher hier Aufträge von Notar-hooten betätigen wollte. Im Verlaufe der weiteren Bekanntschaft häubigte Dr. V. dem Angeklagten insgesamt 300 000 M. aus, mit dem Auftrage, dafür Bausche anzufahren. Um die Aufträge vorzu-tauschen, schickte K. in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Kell zwei Untreue über angeblich ordentliche Käufe, während er das Geld heimlich in Gesellschaft einzelner Damen, die er im Hotel kennen gelernt hatte, verjubelt hatte. So hatte er u. a. einer Frau M., welche den Vortrag hatte, besonders schön reformierte Weine anzuweisen, für viele tausend Mark leihende Straumpfe gekauft. Außerdem war er ein Verhörer von guten Weinen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr und 5 Monate Gefängnis, während der Verteidiger des Angeklagten darauf hinwies, daß er tatsächlich ein Opfer von „Weinken“ und „Weinken“ geworden sei, nicht wegen Untreue verurteilt werden könne, da das Geld schon vorher ausgegeben worden sei. Deshalb liege auch nur einfache Urkundenfälschung vor. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nur wegen Untreue und einfacher Urkunden-fälschung zu vier Monaten Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Nacht-Schlammlokal in Kartoffel- und Kohlenkellern

sind eine neue Erscheinung im Berliner Nachtleben, gegen die die Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums vorgeht. Besonders im Westen der Stadt erwerben Unternehmer Kartoffel-, Kohlen- und Blätterkeller, um sie nach der Straße hinüber zu lassen, innen aber behaglich und luxuriös einzurichten. Ohne irgendwelche Kon-zession eröffnen sie in diesen Kellern eine Kuchbar, und eine Reihe von Schaltern sorgt für nächtliche Gäste. In der ver-gangenen Nacht wurde ein solches Lokal wieder in der Eisenacher Straße aus-rechoben, als gerade ein sehr reger Betrieb herrschte. In einem Schanklokal in der Cassauer Str. 26 wurden

nachts um 2 Uhr etwa 60 Personen beim Selt und Tanz ange-triffen. Auch dieser Betrieb wurde aufgelassen.

Totenfeier und Busstag auf der Eisenbahn.

Die alljährlich, so erwartet man auch zum kommenden Freitag und Samstag eine außerordentliche Hölle auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn. Leider ist die Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage, bei dem zu erwartenden Andrang am Freitag, Mittwoch, den 17. d. Mts. eine besondere Vermehrung der Hölle vorzuleben. Dagegen wird am Totensonntag eine Vermehrung der Hölle auf der Strecke Schöneberg-Bahnhof (Wilmersdorfer-Bahnhof) vor-gesehen, wo zur Hauptverkehrszeit am frühen Nach-mittag zwei Züge, der eine um 1 10 nach Wilmersdorf (an 1 51) und der andere um 1 55 nach Wilmersdorfer-Bahnhof (an 2 32) verkehren werden. In der Gegenrichtung verkehrt von Wilmersdorfer-Bahnhof um 2 45 und von Wilmersdorf um 4 02 je ein Zug, der um 4 19 bzw. 4 48 nachmittags in Berlin, Schöneberg-Bahnhof, eintrifft. Diese beiden Züge werden auch am Samstag und Sonntag gefahren. Am Samstag wird der Betrieb auf der Ringbahn um einige Einheiten, die am Vorm- und Nachmittags zwischen den bekannten Bahnhöfen (Wilmersdorf, Hermannstraße, Tempelhof usw.) verkehren, eine Vermehrung der Hölle. Die auf der Strecke Schöneberg-Bahnhof verkehren, ist, wie wir hören, nach wie in Tübingen genommen, es ist anzunehmen, daß auf dieser Strecke der Andrang nach dem gewöhnlichen Sonntagabendplan gerechnet wird — Auch die Straßenbahn wird voraussichtlich auf den Hauptstraßen, d. h. nach Marien-dorf, Rudow, Grün-Weiden, Wilmersdorfer-Bahnhof usw., vom Zentrum aus Entlastungen verkehren lassen.

Der „militärische“ Ton des Branddirektors.

Das Verhalten der Beamten zu ihren Vorgesetzten hat sich seit der Revolution in einem Punkt geändert. Kein Beamter braucht heute noch zu dulden, daß er von einem Vorgesetzten be-handelt wird wie auf dem Kasernenhof ein Rekrut. Man mag diese „A-form“ für eine Keuschlichkeit halten, aber mehr als das ist sie für Beamte, die den früher üblichen Kasernenhaft als Lebensform empfanden. Auch die Mannschaften der im wesentlichen nach dem Vorbild des Militärs organisierten Polizei und Feuer-wehr haben selbstverständlich einen Anspruch darauf, wie freie Männer behandelt zu werden.

Bei der Feuerwehr von Schöneberg ist es, so scheint's, dem Branddirektor Alder immer noch nicht recht gelungen, sich mit dem Wandel der Dinge abzufinden. Und wie es scheint, daß der Herr Branddirektor im Verkehr mit einzelnen Mannschaften zu-wellen einen unnötig lauten Ton anschlägt. Verwiesen er sich eine Stärkung der „militärischen Disziplin“ davon, einen Mann anzu-schreien? Einer, der einmal einen unehrenhaften Vermerk des Branddirektors in ruhigen Worten zurückwies, mußte sich hinsetzen lassen: „Sie frecher Kerl!“ Ein anderer, der im Dienstzimmer des Branddirektors bei Vorbringung eines persönlichen Angelegens nicht strom amma stand und dem Herrn Branddirektor nicht in der dritten Person sprach, wurde von ihm hinausgewiesen.

Solche wohl aus Versehen des Branddirektors zu erklärenden Ausfälle sind keineswegs so bedeutungslos, wie sie dem Unbedeutendsten scheinen könnten. Die Kunde des Feuerwehmanns an seinem Beruf wird sicherlich nicht bestärkt, wenn er sich in dieser Weise behandeln lassen soll. Von der Berufszugehörigkeit ist es ein-einzelnen Mannes hängt aber die Schamhaftigkeit der Feuerwehr und der Feuerkassen eines Ortes ganz gewiß nicht weniger ab als von der Feuerkassenbildung und dem Egerieren oder gar vom Strammstehen.

Deutschbrasilianisches Liebeswerk.

Zur Binderung der Not in Deutschland wollen auch die Aus-landdeutschen Brasiliens beitragen. Ein dort inwändig-tretendes Hilfsaus-schuss aus Deutschen aller Bevölkerungsstufen hat seit April 1920 im Deutschen Reich brasilianische Menschen Leber- und mittel verteilen lassen. Etwa 75 000 Familien haben Reis, Mehl und Zucker im Gesamtwert von etwa 15 Millionen Mark erhalten können. Bei einer Aktion in Charlottenburg durch die Auslandsabteilung des deutschen Roten Kreuzes vor-genommenen Spendenverteilung erhielten 300 Familien je 20 Fund Reis. An der Spitze des brasilianischen Ausschusses steht Oberst Gaele-er-Netto, der von einer deutschen Mutter abstammt. In Deutsch-land wird die Auszahlung der Hilfsmittel durch besondere Ortsaus-schüsse besorgt. In ihnen sind die verschiedensten Organisationen vertreten.

Gegen die Durchführung der Spendenaktionen über Auslandskorrespondenten und der Bestimmungen über die Verantwortlichkeit von Lebensmittel und des damit zusammenhängenden Vorebens der

kamen, gefellte sich beim Ausgange Mr. Thomfen unauffällig zu ihnen.

„Kaufe Zeiten,“ sagte er und tat sorgenvoll. „Und dabei habe ich bestimmte Nachrichten, daß es noch trüber werden wird. Mancher hat sich in diesem Jahr verradmet.“

Dierk, den die Aufregungen der letzten Wochen ganz kront gemacht hatten, wachte sich den kalten Schwitz von der Stirn. Aber Fied sah Mr. Thomfen lächelnd ins Gesicht: „Man sollte eben keine gewagten Berechnungen machen, Mr. Thomfen. Ich handle nach dem Grundlag: nur sichere Geschäfte, damit kommt man am weitesten.“

„Freilich — aber,“ rief Mr. Thomfen, „was heißt tot-sicher? Schließlich fällt der Gelde-taste einmal herein. Und ich selbst — na, ich will nichts sagen, habe noch alles zur rechten Zeit abstoßen können.“

„Da haben Sie allerdings Glück gehabt,“ sagte Fied mit einem ganz feinen spöttischen Ton. Aber Mr. Thomfen über-börte es und fuhr fort: „Ja, mittlerweile hat man eben einmal Glück. Uebrigens fällt mir gerade ein, ich bekom gestern noch eine verhältnismäßig günstige Nachfrage nach Weizen, wenn Sie noch mit einem Posten versehen wollten — Sie könnten ihn jetzt vielleicht noch ohne großen Verlust loswerden.“

Dierk fuhr hastig herum, aber Fied schob ihn zur Seite, stellte sich gerade vor den Engländer hin beide Hände weit in die Hosentaschen vergraben, und lachte schallend auf.

Der sah ihn verdutzt an. Verwirrt schmunzelte Fied und meinte behaglich: „Geben Sie sich keine Mühe, Mr. Thomfen, Sie kriegen ihn doch nicht.“

„Gerr,“ brauchte der Dide auf, „was soll das bedeuten? Ich verstehe Sie nicht!“

Da klopfte ihm Fied wohlwollend auf die Schulter: „Ach Sie desto besser, Mr. Thomfen! Und das ist schließlich die Hauptsache.“

Sprach's, schenkte an Dierks Arm weiter und ließ den wutausbreubenden Engländer stehen.

„Warum hast du ihn so abgekon?“ fragte Dierk den Freund. „Welleicht war's ihm Ernst und wir hätten un-leren guten Namen dabei gerettet.“

„D.“ sagte Fied, „es war ihm bitter Ernst, daß ich sicher — und er wird es noch tüchtig zu schaffen machen. Aber — wenn er alle Börsenmänner der Welt hinter sich hätte, mich soll er doch nicht reinlegen. Nur immer ruhig Blut, das ist die Hauptsache.“

(Fortf. folgt.)

Geschäftszeit von 8 1/2 bis 7 Uhr

Peek & Cloppenburg

Sonder-Angebot!

Sechs Serien Sacco-Anzüge

außerordentlich preiswert
in Hinsicht der Stoffe,
der Ausstattung
und Verarbeitung

kommen ab heute zum Verkauf

Serie 1 mod. mel. Chev. Form 1-reihig	Serie 4 braun mit grau 1- u. 2-reihig
" 2 blau " " 1- u. 2-reih.	" 5 modern blaugrün 1- u. 2-reihig
" 3 grün gemusterter Stoff 1-reihig	" 6 mittelgrau meliert 1- u. 2-reihig

Preis **950** Mark

Die Serien sind ausgestellt: Schaufenster Nr. 16

Zahugebisse
Goldbruch, Silberbruch,
Brillanten, Quedsilber, Platin taufen
John Schubert
Chausseestraße 110, Social L. u. L.
nahe Jannstraße, 1728
Wilmstraße 53, nahe Kottbuscher
Zimmerstr. 51a, G. Friedrichstr. 20.

Damen-Schlepper
bestenfalls Zeit mit Gummi (auch als Korb für
zu verwenden). Boar 20 H., liefert große Mengen
Prahl, Holm & Missir, W. 57, Bülowstr. 88.

**RUSTIKA
FEDER**
Die Feder
unserer Zeit.
BRAUSE & CO. JERLOHN
70 beziehen durch die Schreibwaren-
Händler.

Ohne Rücksicht auf den
früheren Preis verkaufen wir
50%
bis
Ermässigung!
M. Schlewinsky & Co
Berlin C., Dircksenstr. 31 am Bahnhof
Alexanderplatz.
Gekaufte Möbel können kostenlos längere Zeit bei uns lagern.

An alle
zu den leichtesten Bedingungen
Reiche Auswahl 1-2-Stufen-
Einrichtungen, gute Küchen,
Schlaf-, Spiel-, Herrenzimmer,
Billige Preise - gute Waren. Wir auch auswärts
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Alterstr.

Metallankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 30
zahlige Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Möbel
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
gegen bar und
auf Teilzahlung
u. klein. An- u. Abzahlung
Bürg. Wohnungseinricht.
Wohnzimm., Schlafzimm.,
Speisezimm., Herrenzimm.
in großer Auswahl
**Einzelne Möbel
Farbige Küchen**
Beiser
Lothringer Str. 67.

**Kaufen
Brillanten**
Juwelen jeder Art
feine u. sehr große
Steine, weiß über 1 u.
höchsten Tagespreis.
Bruchgold bis 30 St.
Bruchsilber bis
1,40 St., Platin 100
bis 170 St. pro Gramm
(feinst). Untere hierfür
Bewertung ersucht
uns, sehr hohe Preise
anzulegen, die von so-
genannten Ankaufsstellen
selten bezahlt werden
können. Unser Stich-
wort: Wir führen,
andere folgen.
**Edelsteilver-
wertungsstelle**
Kochstr. 16-17
(kein Laden,
9-7 Uhr).

**Kreuz-, Alaska-,
Silber-Füchse**
sehr preisw.
Damenpelzkragen v. 48
Rothschlacken v. 170
Pelzstücke für Mädel
von 100 M. an
Herrenkragen v. 65 an
Seal Electric, Silber
Herrn- u. Dam-Schawl-
kragen aus Australisch.
Oppum v. 150,- an
Pelzwarenhäuser
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Ankauf von
Brillanten, Perlen,
Uhren, Platin und Goldbruch.
G. Schliephaeke, Friedrichstraße 210,
Ecke Kochstraße.

Brillanten, Platin, Gold, Silber-
Bruch und Sachen,
Uhren, Ketten und Familien'ornat
kauft und zahlt die höchsten Tagespreise
S. Degen,
Zinkenstraße 77, am Rosenthaler Tor.
Telefon: Norden 1598.

**Brillanten
Perlen, Smaragde**
kauft zum höchsten Kurs
W. Weisager,
Gelpziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Ringe, Münzen, Zahngebisse, Brennkette
Kupfer, Messing, Blei usw.
kauft Silbergegenstände
Gotzkowskystraße 13
an der Gohlfelderbrücke.

Alte Zahugebisse, Gold-
bruch in je täglich, auch Sonntags, von 10 Uhr ab. Stillschub
14,50 bis Gramm 170,-. Ansp. jehm 7,75,- Eigenbedarf
20-2 Neben, Mariannenstr. 20.

500 Herren-Älster
in braun, blau und grün, in Größen 46-52, à 100 Stk
Prahl, Holm & Missir, W. 57, Bülowstr. 88.

Soeben erschien Nr. 12 des Organs des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale!

Die Kommunistische Internationale

Aus dem Inhalte: M. Gorki: Wladimir Iljitsch Lenin. - Leitsätze des Exekutiv-
komitees der Kommunistischen Internationale zum II. Kongress.
- G. Sinowjew: Wann und unter welchen Bedingungen können Arbeiter sowjetisch gemacht
werden? - N. Lenin: Leitsätze über die Grundaufgaben des II. Kongresses der Kommu-
nistischen Internationale. - L. Trotzki: Zum bevorstehenden Kongress der Kommunistischen
Internationale. - G. Sinowjew: Was die Kommunistische Internationale bisher war und
was sie nun werden muß. - J. Marchlewski: Die Agrarfrage und die Weltrevolution. -
W. Mac Laine, Tom Quelch: Bericht über die kommunistische Bewegung in England. -
W. Mac Laine: Die gegenwärtige Lage in England. - K. J. Ueber die Tätigkeit der
schottischen Arbeiterbewegung. - Th. Darragh: Das revolutionäre Irland und der Kommu-
nismus. - Prossard: Rede an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
- Cachin und Prossard: Erklärung an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Inter-
nationale. - Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die kommunistische Partei Deutsch-
lands. - Serrati: Die sozialistische Bewegung in Italien. - N. Bombacci: Die Opposition
der Reformisten gegen die kommunistische Revolution in Italien. - Zur Erneuerung der
sozialistischen Partei (Bericht der Turiner Sozialistischen Sektion an den Nationalrat in
Mailand). - Die Lage in Deutschland. - H. Werthelm: Die Arbeiterräte in
Deutschland. - K. Mauser: Die Streikbewegung in Finnland. - P. Dinichow: Der
revolutionäre Osten und die nächste Aufgabe der Kommunistischen Internationale. - Roy:
Die revolutionäre Bewegung in Indien. - K. Radek: Die polnische Frage und die Inter-
nationale. - Illustrationen: Marx / Rosa Luxemburg im Gefängnis in Warschau / Jugend-
bilder Friedrich Engels / Dobrodshani-Gere / Jaserchidinis Karl Liebknecht.
Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung. - Von der Tätigkeit
des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. - Die Internationale der
kommunist. Jugend. - International. Kommunist. Frauenbewegung. - Bibliographie.
373 Seiten. Preis M. 7,50.

Bestellungen sind zu richten an die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbloy, Hamburg 11

Soeben erschien:

Russische Korrespondenz

Nummer 14/16. 2760*

Aus dem Inhalte: 7. November 1917 - 7. November 1920. L. Trotzki: Die
Oktoberrevolution. / N. Bucharin: Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland. /
A. Joffe: Die erste proletarische Regierung. / Die Verfassung (das Grundgesetz) der Russi-
schen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. / Aus den ersten Dekreten u. Kund-
gebungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. / L. Trotzki: Die
Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. / N. Lenin: Ein Brief an die amerikanischen
Arbeiter. / Ein diplomatischer Notenwechsel über den weißen und roten Terror. / Offener
Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Woodrow Wilson.

N. Lenin: Rede auf dem I. Allrussischen Kongress des Russischen Kommunistischen
Jugendverbandes (Moskau, 4. Oktober 1921). / P. F. Kusnezow: Wege des Sozialauf-
baues. / W. P. Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft. / A. Anker: Organisation des
Arbeitsmarktes in den ersten zwei Jahren der Sowjetmacht. / W. Posner: Die Ein-
heits-Arbeitsschule. / W. Priser: Bericht über die Tätigkeit der Abteilung Einheits-
Arbeitsschule im Kommissariat für Volksaufklärung. / W. Lasarew: Die Arbeitsleistung
in der Kohlen- und Textilindustrie. / Das Fischereigewerbe im Gouvernement
Astrachan. / Karl Radek: Kongress der Ostvölker. / W. Miljutin: Ueber Parteiarbeit. /
G. Sinowjew: Ueber die Sanierung der Partei. / Karl Radek: Die Organisationsideen
der Kommunistischen Partei Hollands. / A. Prastalow: Die Lage der Gold- und Platin-
gewinnungsindustrie im Ural. / Prof. N. Oreskul: Die Krise in der Intelligenz. /
Illustrationen: Acht Meniarbendrucke nach den Originalskizzen aus Sowjet-
rußland; fünf Zeichnungen nach den russischen Publikationen.

180 Seiten. Preis 8.- Mark.

Bestellungen sind zu richten an die Auslieferungsstelle für Deutschland:
A. SEEHOF & CO., VERLAG, BERLIN C. 54.

Caia 40's die gute Zigarette

MASSARY ZIGARETTEN

Bürgerliche und Bergbaumonopol.

Als 1900 infolge der relativen Kohlenknappheit ein hartes Anziehen der Preise erfolgte, veröffentlichte die konservative „Schlesische Zeitung“ eine Artikelserie gegen den Kohlenwucher der Syndikate und forderte ein Einschreiten des Staates. Damals schrieb die konservative „Deutsche Tageszeitung“:

Die Kohle gehört zu den schwer erscheinbaren Schätzen des Landes. Sie darf nicht dem Privatkapital zu Spekulationszwecken überlassen werden. Unser Endziel ist deshalb: die Verstaatlichung aller Kohlenzechen. . . . Die Schätze des Bodens gehören der Allgemeinheit. . . .

Der Führer des Bundes der Landwirte, Diederich Hahn, befasste sich in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 16. April 1904 mit der Stilllegung der Ruhrzechen und forderte scharfe Schutzmaßnahmen. Er schloß:

„Sollten diese Vorschläge nichts helfen, dann würde allerdings der Staat genötigt sein, auch hier zur Verstaatlichung zu schreiten, wie bei der Eisenbahn. . . .“

Kein Schutzborschlag ist Gesetz geworden, die Macht des bergbaulichen Privatmonopols ist enorm gewachsen. Auch die konservativen Politiker Professor Adolf Wagner und Graf Kanitz traten wiederholt für gesetzliche Maßnahmen gegen das Privatmonopol im Bergbau ein.

Der frühere preussische Handelsminister und nationalliberale Abgeordnete Theodor Möller sagte am 29. November 1904 im Preussischen Landtag:

„Sobald die Fusionen sich zu Monopolen auswachsen, wird die Übergroße Mehrheit des deutschen Volkes ganz ernstlich erregt werden. Und ist ein Monopol nicht mehr abzuwenden, dann wird die überwiegende Mehrheit des Volkes ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorziehen.“ (Sehr richtig! rechts)

Es ist tatsächlich so weit gekommen, daß eine Handvoll Großunternehmer sich ein bergbauliches Privatmonopol verschafft hat! Bergbaufreiheit und freier Kohlenhandel ist durch die syndikatisierten Privatmonopolisten längst beseitigt. Man sieht, daß rechtsstehende Organe und Politiker schon vor dem Kriege lieber eine Verstaatlichung des ganzen Kohlenbergbaues, trotz der anerkannten Schwerefälligkeit des Verwaltungsapparats, sahen, als die Kompletterung des sich entwickelnden Privatmonopols.

Im Württembergischen Landtag erklärte am 8. Februar 1908 der Zentrumsführer Dr. von Kiene, der „vom Liberalismus immer aufgestellte Satz“ vom „freien Spiel der Kräfte“ sei öffentlich verurteilt. Hinsichtlich der Kohle sagte er: „Es ist überhaupt höchst bedenklich, wenn man unentbehrliche Lebensmittel in die Hände des großen Privatkapitals legt.“ Bei der Beratung des bayerischen Berggesetzes über Einschränkung der privaten Bergbaufreiheit (1907) erklärte der Zentrumsführer Abg. Jäger-Dillingen, die „Folge der Lehre vom freien Spiel der Kräfte“ sei die „Herrschaft einer Handvoll Großkapitalisten im Kohlenyndikat. . . .“ Auch der „Bauerndoctor“ Heim sprach sich wiederholt für ein Staatsmonopol im Kohlenbergbau aus, da es immerhin erträglicher sei als das Privatmonopol einiger zieriger Bergwerksbetriebe. Und das führende Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, schlug im Februar 1912 vor, sämtliche Kalkwerke in Reichsbefehl zu überführen!

Aus all diesen Äußerungen und Urteilen bürgerlicher Zeitungen und Politiker geht hervor, daß die Forderung der Beseitigung der privatkapitalistischen Bergbauwirtschaft schon lange vor dem Kriege, und zwar nicht nur von Sozialdemokraten erhoben worden ist. Man fühlte und sah auch in bürgerlichen Kreisen die großen Gefahren, die dem Gemeinwesen durch das Privatmonopol im Bergbau drohen und zog diesem sogar die Verstaatlichung des ganzen Bergbaues vor, obgleich die schwereren Mängel der staatlichen Bergbauverwaltung wohlbekannt waren. Jetzt tobt man über Sozialisierungsvorschläge, die den Nachteil der staatsbürokratischen Verwaltung aufweisen, und zollt Verwehungen Beifall, die darauf hinauslaufen, die Macht des Privatkapitals noch zu erhöhen!

Vorschlag an Escherich.

Herr Escherich hat in Hamburg erklärt, die Mehrzahl seiner bürgerlichen Mitglieder bestrebe aus überzeugten Monarchisten, sie würden aber auch einen monarchistischen Reichsputsch verhindern. Wir schlagen Herrn Escherich vor, die Sache anderwärts in ähnlicher Weise aufzuheben, also z. B. in Berlin und Rheinland-Westfalen zur Verdrängung von Kommunisten in Abteilungen der Orgesch einzurichten, deren Mitglieder zum überwiegenden Teil aus überzeugten Kommunisten bestehen. Was meint Herr Escherich zu unserem Vorschlag, der doch genau ebenso zweckmäßig und brauchbar ist, wie sein monarchistischer Republikanismus in Bayern?

Die Kasseler Orgesch, der „Jugendliche Orden“, dessen Führer die bekannten Kappisten sind, beschwert sich, daß in ihr Bureau eingebrochen worden sei und dabei politische Geheimakten gestohlen worden seien. Wir dachten, daß es bei einer so „legalen“ Organisation wie der Orgesch nichts zu verheimlichen gäbe. Im übrigen hat ja gerade die Rechte im Falle Eraberger den politischen Attentatsverbrechen ausdrücklich sanktioniert. Die Umbrücker sind offenbar Leute, die ihre Verleumdung aus der Reichspressen während des Eraberger-Prozesses geschöpft haben.

Der Pressedienst der Orgesch verbreitet, daß die preussischen Behörden an vielen Stellen mit der Orgesch zusammenarbeiteten, um der Organisation der Radikalen auf die Spur zu kommen, was doch im Widerspruch zu Eraberger's Vorgehen stände. Wir können dazu auf Grund besonderer Informationen mitteilen, daß nirgends mit Wissen oder Ermächtigung des preussischen Innenministers preussische Behörden mit der Orgesch zu dem genannten oder irgendeinem anderen Zweck zusammenarbeiteten. Die Orgesch ist und bleibt in Preußen als eine staatsgefährliche Organisation verboten, und keine preussische Behörde darf diese Organisation durch ein Zusammenarbeiten, gleichviel in welcher Form, auch nur indirekt anerkennen und legalisieren.

Die Wahlen zum Provinzial-Land- und Kreisstag. Der Wahlrechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm in erster Lesung den Gesetzentwurf, betr. die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen und zu den Kreisstagen an. Die Wahlen erfolgen auf demokratischer Grundlage. Die bestehenden Provinziallandtage und Kreisstage werden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgelöst. Die Staatsregierung soll ersucht werden, die Wahlen zum Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreisstagen an dem gleichen Tage vorzunehmen zu lassen.

Ernährungsfragen.

Der Hauptausschuß des Reichstages bewilligte am Freitag 2 1/2 Millionen für Höchstleistungen durch nichtbeamtete Kräfte für das Reichsernährungsministerium.

Beim Kapitel Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft meinte Abg. Dr. Köstke (Dnat.): Die Kosten für die statistischen Kommissionen auf dem Lande seien zu sparen und für die biologische Wissenschaft zu verwenden.

Darauf wird die Regierung ersucht, die biologische Reichsanstalt im nächstjährigen Etat auszugestalten. Zu dem Antrag Dr. Herz (N. Soc. rechts) und Schmidt-Berlin (Soc.), der die Sicherung der

Erfüllung der Ablieferungspflichten

durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fähiger Strafen zu erreichen sucht, verweist Minister Hermes darauf, daß durch diesen Antrag eine neu durchzuführende Organisation gefordert wird. Man könnte wohl die Hofung für die Kommunalverbände petribären, aber wenn man die Kommunalverbände zerschlägt, bliebe nichts übrig und man käme praktisch nicht weiter. — Schmidt-Berlin (Soc.) erkennt an, daß es gefährlich wäre, jetzt neue Organisationen aufbauen zu wollen.

Angenommen wird der Antrag in der Form, daß die Notwendigkeit betont wird gegen in der Ablieferung böswillige säumige Erzeuger von Brotgetreide scharfe Maßnahmen zu treffen und auf die landwirtschaftlichen Berufsverbände einzuwirken, ihren ganzen Einfluß für die Ablieferung von Brotgetreide, Hafer und Gerste einzusetzen. — Absatz 2 des Antrages Herz-Schmidt, der die Beseitigung der Zwangswirtschaft fordert, wird abgelehnt.

Beim außerordentlichen Haushalt fragt Dr. Köstke (Dnat.): Wann wird endlich die Reichsstaroststelle aufgelöst werden? — Ein Regierungsvertreter: Positiv im nächsten Jahre. Zurzeit ist die Reichsstaroststelle noch stark beschäftigt mit der Durchführung der Lieferungsverträge und der Verwaltung der Reichsreserven. — Bei der Reichsstaroststelle soll Ministerialrat Dr. Köstke mit, daß bezüglich der Verhinderung der Schmuggelausfuhr von Schlachtvieh nach den angrenzenden Ländern alles getan sei, um diesen Mißstand auszumergen.

Sonnabend: Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Preisabbau.

Im Austausch des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung referierte am Donnerstag Herr Kunzel (Verwaltungsmittelglied des kaufmännischen Vereins von 1858 Hamburg) über den Preisabbau. Neben der Gesetzgebung müßten Industrie und Landwirtschaft von sich aus um den Preisabbau bemüht sein. Hindernd sehe allerdings die fortgesetzte Vermehrung des Papiergeldes im Wege. Tatsächlich helfen könne nur die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. In der Aussprache machte u. a. Landarbeitervertreter Lührke die Arbeitgeber, namentlich in der Landwirtschaft, für die Zurückhaltung der Produktion verantwortlich.

Staatssekretär a. D. Dr. Müller: Der Kassenstandtag hat in allen Berufen für die Übergangszeit Störungen mit sich gebracht, die erst allmählich überwunden werden können. Daß die Verärgerung der Arbeitszeit die Leistung steigert, ist in gewissen Grenzen unzweifelhaft.

Gewerkschaftssekretär Thomas-Mainz führt gegen die Behauptung, daß die Produktionssteigerung den Preis senke, als Beispiel an, daß trotz der guten Kartoffelernte der Kartoffelpreis stark gestiegen sei.

Nach weiterer längerer Aussprache einigte sich der Ausschuß in der Meinung, daß eine wesentliche Voraussetzung des Preisabbaues nur dann erfüllt ist, wenn die Produktion gesteigert wird.

Die Bezahlung der Kapp-Streiftage.

Neu-Strelitz, 12. November. (Mitt.) Durch Beschluß des Landtages sollte der Arbeiterchaft der Lohnausfall während der Kapp-Streiftage in vollem Umfang vergütet werden. Es war vorgesehen, daß Staat, Kommunen und Arbeitgeber je ein Drittel dieser Kosten zu zahlen hätten. Während in den anderen großen Städten des Preussischen Mecklenburg-Strelitz die Tragung des auf die Kommunen entfallenden Drittels abgelehnt worden war, wurde der Beschluß durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Neu-Strelitz einstimmig bewilligt, und zwar unter dem Druck einer fast erregten Volksmenge. Diese hatte nicht nur den Zuschauerraum und den Sitzungssaal des Stadiparlaments, sondern auch die Vorräume dazu und das ganze Treppenhäuser des Rathauses dicht besetzt. Während der Beratung der Vorlage kam es zu heftigen Zwischenrufen und Drohungen aus der Menge heraus. Die Situation wurde so gespannt, daß sich auch die bürgerlichen Stadtverordneten schließlich im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe gesonnen sahen, der Vorlage zuzustimmen. (Wir geben diese Darstellung des M.M. mit Vorbehalt wieder, und erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß das M.M. einer der wenigen Betriebe ist, in denen während der Kapp-Tage nicht gestreikt, sondern auf ausdrücklichen Direktionsbefehl weitergearbeitet wurde — im Dienste und Interesse der Reuterer. Die Red.)

Die Danziger Konvention.

Warschau, 12. November. (Dn.) Die dem Warschauer Außenministerium nahestehende „Agencja Polska“ ist in der Lage, die Punkte mitzuteilen, in denen die Völkervereinigung Polen entgegengekommen ist.

Zunächst haben die Polen durchgesetzt, daß die Selbständigkeit der Danziger Handelsflotte ganz wesentlich eingeschränkt wurde. Während im ursprünglichen Konventionentwurf Danzig das Recht hatte, seine Handelsflotte ohne fremde Kontrolle zu registrieren, darf Polen nunmehr eine eigene Registrierungsbehörde in Danzig errichten. Auch muß Danzig die polnischen Behörden jederzeit Einfluß in die Danziger Schiffsregister nehmen lassen. Schließlich soll Danzig seine Schiffsregistrierung weitgehend der polnischen anpassen. Ferner ist den Polen die Verfügung zuerkannt worden, bei den Danziger Zollbehörden polnische Inspektoren zu unterhalten. Die Danziger Behörden sind verantwortlich für strenge Durchführung der polnischen Zollgesetze. In allen Antragsunterlagen der Zollbehörde erhält die polnische Sprache Gleichberechtigung. Zollabgaben kann auf Antrag nunmehr auch in polnischer Währung erfolgen. Die Änderungen in der Verwaltung der Eisenbahnen sichern Polen die volle Beherrschung der Danziger Eisenbahnen.

Die Polen scheinen aber noch weitergehende Ambitionen zu haben. So lagte der polnische Generalkommissar in Danzig, Hosiobock, in einer Unterredung, daß Polen die Sicherstellung der ihm zuerkannten Rechte nur dadurch erlangen könne, daß ihm das Recht zugebilligt werde, bewaffnete Kräfte im Gebiet des Freistaats zu unterhalten. „Wir jetzt haben wir volle Kontrolle über die Jälle, Eisenbahn und die gesamte diplomatische Vertretung erreicht. In Wirklichkeit sind unsere Wünsche, die den Hafen betreffen, nicht erfüllt worden.“

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, wird in den nächsten Tagen zwischen dem Deutschen Reich und Danzig ein Abkommen abgeschlossen werden, das die vorläufige Fälligkeit der Beamten im Dienste Danzig und ihren dauernden Hebertritt in den Danziger Staatsdienst regelt.

Gegen die Gewaltpolitik!

Holländische Stimmen.

Rotterdam, 12. November. Der sozialistische „Dorwaart“ führt aus, man könne sich daraus gefast machen, daß die Regierung Mitterlands neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorbereite; es sei Zeit, daß bei einem neuen Versuch, Deutschland völlig in den Sklavendienst der Pariser Regierung zu zwingen, die Stimme des Volkes sich erhebe, um endlich dem schwarzen Werk der französischen Reaktion Grenzen zu setzen.

Auch bürgerliche holländische Blätter erheben Einspruch gegen die ständige Bedrohung Deutschlands durch die kriegreichen Mächte. „Vaterland“ wendet sich gegen die Abstimmungsform die von Euben und Palmedy und meint zur Befestigung des Rheinlandes, es läßt sich danach aus, als ob einzelne Befestigungsmächte die Befestigung weniger im Richte eines Antriebslandes als in dem einer rein militärischen Machtspolitik, wenn nicht gar einer annexionspolitischen Politik betrahteten.

„Standard“ sagt: Deutschland stehe auf allen Seiten tief in Sorgen und nur eine Revision des Vertrags von Versailles könne die Lösung bringen.

Deutschland und der Völkerbund.

Paris, 12. November. Die der „Mail“ aus London melbet, verlangen Lord Selborne, Lord Edward Grey und Barnes die Aufnahme aller Länder in den Völkerbund.

Die „Echo de Paris“ mitteilt, habe die französische Regierung ihren Delegierten zur Vollerhebung des Völkerbundes in Genf anbefohlen, sich von den Beratungen zurückziehen, wenn entgegen den Wünschen Frankreichs die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund erörtert werden sollte.

Irlands Selbstverwaltung.

London, 12. November. Die Homerule Bill wurde vom Unterhause in dritter Lesung mit 188 gegen 62 Stimmen angenommen. Carson erklärte, Wier werde sein Votum tun, um das Gesetz wirksam zu machen. Er appellierte an die Wähler, ein Beispiel für religiöse Duldsamkeit zu geben.

Zur belgischen Krise.

Brüssel, 11. November. Nach dem „Etoile Belge“ wird die Frage der Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf sechs Monate, die die Sozialdemokraten verlangen, nicht im Programm des neuen Ministeriums enthalten sein. Das Ministerium sei aber bereit, die Dienstpflicht etappenweise, je nach Möglichkeit, ohne die Interessen der nationalen Verteidigung zu schädigen und unter Wahrung der Verpflichtungen, die Belgien durch den Friedensvertrag von Versailles und für seine Durchführung übernommen habe, herabzusetzen. Nach der gleichen Zeitung sollen bereits vier Politiker, die sich bereit erklärt haben, Postenschießes zu übernehmen, für dieses Kompromiß gewonnen sein.

Auslanderundschau.

Der Moskauer Geesbericht melbet Eindringen der Roten in die Ktm. China ist ein Moskauer Friedensvorschlag zugegangen. Die russische Goldgewinnung beträgt für dieses Jahr 60 Rub (im Frieden 8000).

Die Nachricht von einer Verhaftung Litwinoff auf einem Schwarzmeerischiff durch Engländer wird von Moskau dementiert, Litwinoff ist in Moskau.

Die Polnische Sozialistische Partei sprach sich für die Errichtung einer in Verbindung mit Polen stehenden Republik Bina im Endernehmen mit Litauen, andernfalls für Annexion unter Schutz der Nachbarstaaten.

Der Viehbürgermeister von Wien, Genosse Max Winter, hat dieses Amt niedergelegt, um sich wieder ganz der von ihm gegründeten proletarischen Kinderfürsorge des Vereins „Arbeiter-Kinderfreunde“ zu widmen. Die Erfahrungen mit der gemeindlichen Fürsorge, lies mit dem Anteil bei der Enterte und den Neutroten, haben ihn wenig befriedigt.

Infolge der Teplitzer Legionärausfahrungen vom 28. Oktober und der folgenden Ereignisse ließ die Regierung das von Meyner geschaffene, meiserhafte und in keiner Weise zur Herausforderung der Lischen geeignete Denkmal Josephs II. von Sappuren mit einem Gerüst umgeben. Die Soldaten gingen über ihren Auftrag hinaus und entfernten nach demütigen Mustern das Denkmal, das sie ins Museum schafften. Das Prager Parlament hat nach ungeheuren Stürmen einen Interlubungsbeschluss eingeleitet. Bis zu seiner Verichterstattung bleiben die Deutschbürgerlichen dem Hause fern. — Die deutschen Abgeordneten sind vom Präsidenten Rajarzh empfangen worden.

Eine Arbeitsgemeinschaft haben die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten im Ernährungsaußenauß des Prager Parlaments gebildet. Die Anregung der deutschen Genossen auf Abhaltung eines Proletariatskongresses wird von beiden Richtungen der tschechischen Sozialdemokratie begrüßt.

In Dulschin haben die Läden die Gemeindevertretungen wegen unzeitgemäßer Zusammenkünfte aufgelöst; ihre Renzwahl wird seit Monaten verschleppt. Unsere Genossen haben deswegen eine Antrage im Prager Parlament gestellt.

Blutbund Peijas ist nach der „Fos. Jig.“ nicht verhaftet. Er und Pronay sind die mächtigsten Leute in Ungarn und im Parlament hat der Ministerpräsident Teleki schon seinen Notau für dem weichen Terror gemacht.

In Serbien hat man den wenigen naturalisierten Nichtslawen das Wahlrecht gegeben, wenn sie eben nur die serbische Staatsangehörigkeit erworben hatten. In der Bojwodina und in Slowenien hat man die Nichtslawen vom Wahlrecht ausgeschlossen, bis die Optionsfrist abgelaufen ist. In Kroatien-Slawonien aber wird den Nichtslawen das Wahlrecht grundsätzlich aberkannt, dagegen sollen diejenigen Nichtslawen zur Wahl zugelassen werden, die durch Naturalisierung Slowen geworden sind, welche nur ihren alten Namen behalten haben, aber von der Gesellschaft oder den Behörden als Serben, Kroaten oder Slowenen anerkannt werden. Wo ein staatsrechtlicher Begriff und eine Prämie auf den Abfall vom Deutschtum.

Auf englisches Ersuchen wird die britische Vorkast in Washington gegen Sunmeironvorschläge betocht und sonstiger Schutz der Engländer in den U. S. A. vorgelesen.

In Nordamerika wird ein Einwandererverbot vorbereitet.

Laut „Daily Herald“ hat die ägyptische Delegation ihre Verhandlungen in London als aussichtslos abgebrochen und wird abreisen.

Engländer bei der Abstimmungsprozess. Der Beschluß der internationalen Behörde, der Abstimmungsprozess interaktierte Disziplie beizugeben, soll jetzt durchgeführt werden. In Ratibor traf eine Anzahl englischer Offiziere ein, die auf die Städte verteilt werden. Major Ditley kehrt aus England nicht mehr nach Oberösterreich zurück, er ist zum Privatsekretär des Königs ernannt worden.

